

MITTEILUNG

„Bundestagswahl 2017. Wahlkampf, Ergebnis, Perspektiven“ – Eine Veranstaltung der Akademie für Politische Bildung Tutzing in Kooperation mit der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen e.V. vom 6. bis 8. Oktober 2017

Auch in diesem Jahr lud die Akademie für politische Bildung in Tutzing in Kooperation mit der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen e.V. zur Analyse der Bundestagswahl mit Wissenschaftlern sowie Vertretern von Parteien und Meinungsforschungsagenturen ein. Neben demoskopischen Befunden zum Wahlergebnis und medialen Aspekten des Wahlkampfes wurden Koalitionsbildungen sowie die Positionen und möglichen Strategien der Parteien thematisiert. Gewissermaßen als roter Faden der Tagung fungierte die Einschätzung, dass das Ergebnis der Bundestagswahl 2017 eine Zäsur sei, denn auch, wenn mit Blick auf Europa populistische Kräfte im Parlament nicht ungewöhnlich sind, ist dies in Deutschland etwas Neues.

Zu populistischen Tendenzen und Parteien äußerte sich der anlässlich seines 75. Geburtstags auf der Tagung geehrte *Heinrich Oberreuter*. Ausgehend von der Feststellung, dass Populismus ein Begriff sei, „mit dem der Mensch nicht umgehen kann“, erfordere dessen Komplexität eine differenzierte Betrachtungsweise. So sei Populismus zunächst „abgesehen davon, dass er anti-institutionell ist, seinem Wesen nach etwas, das sein muss“. Es lasse sich kein Politiker finden, der nicht den Willen des Volkes (populus) befürwortet. „Alles, was nach Demokratie riecht, ist gut. Aber es gibt Mehrheiten, die stinken“, wie *Oberreuter* mit Rekurs auf die Zeit des Nationalsozialismus warnte. Seiner Ansicht nach ist die Proklamation „Wir sind das Volk“ in einem Land wie Deutschland, das eine Vorreiterrolle bei der institutionellen Garantie der freien Entfaltung und politischen Beteiligung des Individuums einnimmt, arrogant. „Der Frage, wer ist das Volk, kann man nur eine Antwort geben: Das Volk ist plural. Es muss in seiner Vielfalt artikuliert und repräsentiert werden.“ Gerade die Existenz und Berücksichtigung von Minderheitenmeinungen sind „das Adelsprädikat einer Demokratie“.

In diesem Sinne lässt sich festhalten, dass das Parteiensystem gegenwärtig wie zukünftig in Bewegung ist und bleiben wird. Neue Parteien werden kommen und können wieder verschwinden, denn es gilt: „Die Gesellschaft schafft sich Parteien. Stimmungen in der Bevölkerung werden sich einen organisatorischen Arm schaffen.“ Etablierte Parteien sollten deshalb nicht verwundert sein, dass neue Kräfte Lücken in der Repräsentation besetzen.

Gero Neugebauer (Freie Universität Berlin) empfahl, nicht den Themen der Populisten nachzulaufen, sondern eigene zu setzen und Positionen zu beziehen. Die AfD sei sowohl Herausforderung als auch Symptom einer Krise. Diese bestehe in einem „Disconnect zwischen den Parteien und der Bevölkerung“. Daten des Instituts für Demoskopie Allensbach legen nahe, dass der Höhepunkt der so genannten Vertrauenskrise in die Politik überschritten ist. „Der Boden für populistische Parteien scheint auszutrocknen“, so die Einschätzung des Demoskopien *Thomas Petersen*. Dennoch liege das Potential populistischer Parteien bei bis zu 20 Prozent der Wählerstimmen. Demoskopien warnen daher vor einer Über-, aber auch Unterschätzung der AfD. Weder stelle sie das Ende der Demokratie dar noch würde sie sich selbst zerstören. Vielmehr spiegele sie eine Stimmungslage der Bevölkerung wider. Dabei sind, wie *Thorsten Faas* (Freie Universität Berlin) betonte, Stimmungen nicht mit

Wählerstimmen zu verwechseln. In seinem Vortrag verwies er auf die komplexe Wechselwirkung zwischen Signalen der Parteien und den Bürgern. So wirkten im Wahlkampf angesprochene Themen sowie Koalitionsbereitschaften seitens der Parteien potentiell als handlungsleitend für die spätere Wahlentscheidung der Bürger. Weitere so genannte Primes sind Medienberichte sowie generell Informationen, die im heutigen digitalen Zeitalter so schnell und umfassend verfügbar sind wie nie zuvor. Welche Möglichkeiten sich dadurch für die Wissenschaft ergeben, stellte *Uwe Wagschal* (Albert-Ludwigs-Universität Freiburg) mit dem so genannten Debat-O-Meter vor¹, das live die Zustimmung von Zuschauern bei Debatten misst und unter anderem beim Kanzlerduell angewandt wurde. Exemplarisch für das Potential und die Bedeutung digitaler Medien im Wahlkampf und generell politischer Kommunikation stand der Vortrag von *Matthias Storath* zu der von seiner Agentur betreuten Kampagne der FDP. „Radikal digital denken“, so lautet eine seiner Prämissen. *Storath* zufolge besteht, die Aufgabe darin, das Analoge so interessant zu machen, dass es digital wirkt.

Allerdings ist vieles, was neu scheint, gar nicht so neu, worauf *Thorsten Quandt* (Westfälische Wilhelms-Universität Münster) in seinem Beitrag zu „Fake News“ verwies. Stattdessen firmieren Dinge unter neuen Begriffen, wie etwa Fake News, beinhalteten dabei jedoch historisch bekannte Komponenten, wie Propaganda und Desinformation. Der Einfluss der Vergangenheit auf die Gegenwart wurde ebenfalls in den interessanten Abendveranstaltungen durch *Tim Geiger* (Institut für Zeitgeschichte Berlin) in Bezug auf die CDU und *Daniela Münckel* (Abteilung Bildung und Forschung, Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, Berlin) für die SPD aufgezeigt.

Wie wichtig neue alte Fragen sind, zeigte sich in der Diskussion im Anschluss an die Referate der Vertreter von CDU, CSU und SPD. Im Fokus stand der bereits vorher von *Nico Siegel* (Infratest dimap) präsentierte Befund, dass bei der aktuellen Bundestagswahl insbesondere die Volksparteien deutliche Verluste erlitten haben. Die Debatte wurde sowohl seitens der Vertreter der Parteien als auch der Teilnehmenden mit Verve geführt und blieb nicht ohne Spitzen, insbesondere zwischen der SPD und der Union. Gleichwohl zeigte sich gerade hier, wie entscheidend es ist, dass Auseinandersetzungen streitbar und offen geführt werden, Stil und Mittel dabei aber fair bleiben. Es gilt mit angemessenem Respekt und miteinander zu reden, anstatt über- und gegeneinander. Unter diesem Gesichtspunkt stand auch der Festvortrag des früheren rheinland-pfälzischen und thüringischen Ministerpräsidenten *Bernhard Vogel* (CDU) zur Gestaltung von Demokratie, den Mühen der Ebene, zu Verantwortung und politischer Führung.

Gerade hierin sahen die Referenten und Teilnehmenden der Tagung in Tutzing die aktuelle Herausforderung für alle Beteiligten – Parteien, Medien, Wissenschaft und Bevölkerung: nicht länger übereinander zu schimpfen und zu klagen, sondern wieder miteinander zu reden und zu handeln.

Nathalie Repenning

1 Vgl. auch den Beitrag von *Uwe Wagschal* / *Thomas Waldvogel* / *Thomas Metz* / *Bernd Becker* / *Linus Feiten* / *Samuel Weishaupt* / *Kamaljeet Singh*, Das TV-Duell und die Landtagswahl in Schleswig-Holstein: Das Debat-O-Meter als neues Instrument der politischen Kommunikationsforschung, in: ZParl, 48. Jg. (2017), H. 3, S. 594 – 613.